

Reichstag.

29. Sitzung, Donnerstag, den 3. Februar, 1 Uhr nachmittags. Am Bundesratsitz: Dernburg.

Die vom Amtsgericht Aschaffenburg nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gerstenberger (Zentr.) wegen Verleitung wird, entgegen dem Antrag der Geschäftsordnungskommission, auf Antrag des Abg. Erzberger (Zentr.) dem Wunsche des Abg. Gerstenberger selbst entsprechend, erteilt.

Koloniales Raport.

Die zweite Beratung des Etats der Schutzgebiete wird fortgesetzt.

Abg. Rattmann (Wirtsch. B.): Gerade im Interesse der Humanität müßten die Sozialdemokraten auch für Bahnbauten und Maschinengewehre stimmen. Auch die Kerze, die Sie in die Kolonien gesandt haben wollen, können dort nicht arbeiten, wenn nicht zuvor die Maschinengewehre dafür gesorgt haben.

Unterstaatssekretär v. Lindquist bespricht die Klein-Stedelungsfrage in Südwestafrika. Ein endgültiges Urteil sei noch nicht möglich, aber die Entwicklung sei keine unglückliche. (Bravo! rechts.)

Abg. Storz (lib. Bp.) begrüßt die weiße Besiedelung Südwestafrika, verlangt von der Kolonialpolitik Rücksicht auf die Steuerzahler und erklärt den Bahnbau für eine finanzielle, volkswirtschaftliche und militärische Notwendigkeit.

Abg. Rostke (Soz.): Selbst zugegeben, daß der Abg. Liebert mit seiner Beteiligung an kolonialen Aktiengesellschaften nichts verdient hat, so ist es doch zweifellos, daß die Gefahr besteht, daß jemand, der an solchen Gründungen beteiligt ist, ganz wider seinen Willen in seinem Urteil eine Trübung erfährt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Als ganz grobe Ungleichheit aber betrachten wir es, wenn Parlamentarier ihren Namen und ihre Abgeordneteneigenschaft hergeben, um solche kolonialen Gründungen zu unterstützen.

Der v. Lindquist wies darauf hin, daß er 12 Jahre in Südwestafrika war, und ich nicht. (Zuruf rechts: Das kann ja nachgeholt werden.) Ich würde mich nicht gegen eine solche Studienreise sträuben, nur dürfte es nicht auf Kosten einer privaten Dampfergesellschaft geschehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Der v. Lindquist freute sich über die neuen Klein-Stedelungen. Auf dem Farmertage kam es aber zum Ausdruck, daß zur Ansiedlung mindestens 20 000 Mark Kapital nötig ist.

Das sind doch gar keine Klein-Stedelungen!

(Sehr richtig! bei den Soz.) Er wies ferner auf den Tabakbau hin. Auf dem Farmertage wurde aber behauptet, Tabak könne nur gebaut werden, wenn die Regierung ihn abnimmt. Der Regier will ihn nicht. Das muß ein schönes Kraut sein. (Heiterkeit.)

In der mehrfach erwähnten Abweisung einer Beschwerde mag ja der Staatssekretär korrekt verfahren haben, indem er die Sache an das Militärgericht abgab. Das ändert aber nichts daran, daß das Verfahren ein sehr besprechendes ist. Ein Beamter, der nach Kamerun geschickt wurde, ist auf Grund dieser Vorgänge, die er beobachtete,

voller Entsetzen aus dem Staatsdienst geschieden.

Es handelt sich nicht nur darum, daß ein Mädchen geprügelt wurde, sondern es sind auch Regier zu Trägern gesprochen worden, und als sie sich dieser Arbeit entziehen wollten, ist einer von ihnen totgeschossen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind keineswegs harmlose Dinge. — Im übrigen hat sich der Staatssekretär die Antwort sehr leicht gemacht, indem er auf die meisten meiner Ausführungen nicht eingeht. Mit seinem billigen Will, daß auch die Militär nicht mit Praktikus schießen würde, hat er den Vorwurf nicht beseitigt, daß zu Unrecht Menschen erschossen wurden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ganz unzutreffenderweise hat ferner der Staatssekretär aus meinen Ausführungen über die vielen Erkrankungen an Darmkrankheit beim Bahnbau gefolgert, es sollten keine Bahnen gebaut werden. Aber mit Recht verlangen wir, daß, wenn jetzt eine Viertelmilliarde für Bahnbauten bewilligt wird, etwas mehr Mittel aufgewendet werden.

zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.

(Zustimmung bei den Soz.) Ebenso falsch war es, wenn der Staatssekretär behauptet, wir verweigerten die Mittel zur Förderung der Baumwollkultur. Er weiß sehr gut, daß die prinzipielle Ablehnung des Etats keineswegs die Ablehnung aller einzelnen Kosten bedeutet. Daraus, daß wir uns allerdings nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben, sollte der Staatssekretär uns keinen Vorwurf machen. Derselbe Gedanke kommt in der Denkschrift zum Ausdruck, und er sollte sich also freuen, wenn wir den

bürgerlichen Schönrednern entgegen treten.

(Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn der Staatssekretär nun meint, es trübe bei uns bezüglich unserer Stellung zur Kolonialpolitik, so möchte ich ihm sagen, daß, wie in allen Parteien, so auch in unrer Gegenläge bestehen. Aber in der Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik sind wir einig. Und namentlich darin, daß wir weitestgehende Kritik zu üben haben. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir bekämpfen aufs Schärfste die bestehenden Mißstände und nehmen Stellung dagegen, daß das Volk für Zwecke belastet wird, bei denen nichts für es herauspringen kann. Die Kapitalisten mühen dem Volke zu, die Steuern zu bezahlen. Aber sie drücken sich, wenn der Steuerernehmer kommt und stehen den Vorteil in ihre Taschen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wehren uns dagegen, daß das Volk zu seinem eigenen Schaden belastet wird, damit die Besitzenden sich durch die Kolonialpolitik die Taschen füllen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Goller polemisiert gegen den Abgeordneten Rostke. Früher hat man uns aufgefordert, in die Kolonien zu gehen, um uns zu informieren. Das haben wir getan, was sollen wir weiter tun? (Zuruf bei den Soz.: Dort bleiben! Stürmische Heiterkeit.) Wie kann man Renten verbriefen, über Sachen zu sprechen, an denen sie finanziell interessiert sind? Da müßten z. B. alle Arbeitersekretäre hier den Mund halten. (Langandauernde Unruhe und Heiterkeit im Zentr. und bei den Soz. Sehr gut! auf einigen Vätern der Rechten.)

Abg. Erzberger (Zentr.) verlangt, gegen Dr. Goller polemisierend, völlige Unterrichtsfreiheit in den Kolonien. Von Uebergriffen der Missionen könne keine Rede sein. (Lebhafte Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Dernburg: Es steht fest, daß in der Sozialdemokratie seit 1906 ein Wandel in ihrer Haltung gegen Kolonialpolitik eingetreten ist. Andererseits kann man freilich der Sozialdemokratie keine tätige Liebe für die Kolonien nachsagen. (Heiterkeit.) Sie erkennt manches an, endet aber doch mit einer Ablehnung des Kolonialrats, weil ihr ein paar Positionen darin nicht gefallen. Eine solche Liebe kann man wohl eine platonische nennen. (Heiterkeit.) Will sie ihre Belehrung beweisen, so bringe sie eine der vielen Resolutionen Akrecht ein und sage, was sie gegen die Kolonien einzuwenden hat, fordere aber, lagen wir einmal 100 000 Mark für Förderung der Baumwollkultur. Ich glaube, diese Resolution würde einstimmig angenommen. (Heiterkeit.)

Uebergriffe der Missionen sind allerdings vorgekommen. Auf Samoa hat der Bischof unter Androhung der Exkommunikation (Hört, hört!) den Katholiken verboten, ihre Kinder in die vom Gouverneur begründete Simultanschule zu senden. Ich kann die katholische Kirche nur dringend bitten, in deutsche Kolonien nur deutsche Missionare zu senden. Damit würde viel Konfliktstoff vermieden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.): Die Ausführungen des Staatssekretärs nötigen mich, das Wort zu ergreifen, was nicht meine Wahlung in den kolonialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie

konstatieren zu können.

Daß wir in der Ueberblicksunter Angelegenheit den Herrn Staatssekretär danken, beweist doch nur, daß wir in einer Rechtsfrage imstande sind, auch unsere Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn Herr Akrecht hierin eine Mißausdeutung erklärt, so zeigt das nur, daß er dafür kein Verständnis hat. Mit dem Angreifer gemeinsame Sache zu machen, wenn ein Gegner zu Unrecht angegriffen wird, das ist allerdings die Methode des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. (Lebhafte Sehr gut! und Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Differenzen, die innerhalb unserer Partei zweifellos vorgekommen sind, berühren unsere Stellung zu Herrn Dernburg gar nicht. Sie bestehen darin, daß ein Teil meiner Parteigenossen glaubte, es sei möglich, daß ein kapitalistisches Staatswesen eine humanitäre Politik gegenüber den Eingeborenen treiben könne. Die Mehrzahl meiner Parteigenossen aber glaubt, daß ein solches Staatswesen seiner Natur nach nichts als Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik treiben kann.

In der ganzen Sozialdemokratie gibt es niemand, der die kapitalistische Kolonialpolitik des Staatssekretärs unterstützen wollte. (Zustimmung bei den Soz.)

Herr Goller hat die Kustschratspolitik verteidigt. Wir haben es aber nur verlangt, daß Abgeordnete sich in demonstrativer Weise an kolonialen Unternehmungen beteiligen und dann hier im Hause für Kolonialpolitik eintreten und sich sogar in die Budgetkommission begeben lassen. Es gibt für einen Abgeordneten gewisse Grenzen, und er darf sich nicht dazu gebrauchen lassen, Gründungen irgendwelcher Art zu begünstigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei uns in Deutschland ist diese Kustschratspolitik noch in den Kinderschuhen, aber in Frankreich können wir sehen, wie forrumpernd sie wirkt; daher haben wir alle Urache, vor den Anfängen zu warnen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nun zu einer andern Sache. Vor zwei Jahren haben wir Anordnungen beantragt, wonach die Eingeborenen, denen während des Krieges ihr Land genommen wurde, soviel zurückgegeben werden soll, daß sie ihren Lebensunterhalt gewinnen können. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Jetzt liegt endlich die Antwort des Bundesrats vor. Sie bedeutet eine nackte Ablehnung des Antrages, geradezu eine Verhöhnung nicht nur der Eingeborenen, sondern auch des Reichstages. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Eingeborenenpolitik ist kapitalistische Ausbeutungspolitik schlimmster Art!

Und diese Politik, meint der Staatssekretär, könnten wir unterstützen! Durch die Ausrottungsstrategie des Herrn v. Trottja sind die Hereros auf ein Viertel ihres Bestandes reduziert. Die Mißstandsberichte erweisen, daß die Eingeborenen vielfach Hunger leiden, daß die Kindersterblichkeit eine massenhafte ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Missionare führen mit Recht diese traurigen Erscheinungen auf den Landmangel zurück.

Geradezu unheilvoll wirkt das Wambusenwesen, die Institution der jugendlichen eingeborenen Diener. Erschreckend ist die Zahl der illegitimen Mißhlinge. Das Hererosystem ist von Geschlechtskrankheiten befallen, daß kaum noch gesunde Kinder geboren werden. (Hört, hört!) Wahrlich, eine schöne Illustration der geprüften Kulturarbeit! Dabei erweisen die Berichte noch den Eindruck, als seien sie frisiert, und ich frage den Staatssekretär, ob sie im Kolonialamt frisiert wurden, oder ob sie von den Missionaren schon in frisiertem Zustande eingekauft sind? Allerdings,

Südwestafrika liegt ja neben dem Kongostaat!

Neben dem Wirkungskreis des verstorbenen Königs Leopold. (Unruhe rechts; Sehr gut! bei den Soz.) Zwei Beispiele geradezu dafür, welche grauenhafte Zustände die Folge der geprüften kolonialen Kulturarbeit sind. Und zwar in Südwestafrika durch das Wirken des Staatssekretärs Dernburg und seiner Beauftragten zugunsten der weißen Unternehmer! (Sehr gut! bei den Soz. Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.)

Der Glaube, daß die Sozialdemokratie sich zu dieser Politik bekehren werde, ist

eine der größten Phantasereien,

die mir je vorgekommen sind. Kein Sozialdemokrat wird seine Zustimmung dazu geben, daß die Negier an Händen und Füßen gefesselt den weißen Sklavenhaltern überliefert werden. Einige in unsern Reihen müden der Kolonialpolitik glänzender gegenüberstehen als andere; einen Anhänger der Dernburgschen Kolonialpolitik gibt es aber in unsern Reihen nicht! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Arning (nat.-lib.): Mein Bourgeoisgehirn kann den pathetischen Ausführungen des Abg. Ledebour nicht folgen. (Zuruf bei den Soz.: Natürlich!) Herr Ledebour würde erst der Kolonialpolitik zustimmen, wenn der Ränderhauptmann

Simon Copper Staatssekretär geworden ist. (Lachen bei den Soz.) Das Kommissionsmitglied, das an einer kolonialen Unternehmung beteiligt war, hat in loyalster Weise das betreffende Ministerat übergeben. — Die Ausführungen der Herren Rostke und Ledebour decken sich nicht in allen Punkten. (Zuruf bei den Soz.: Kimmern Sie sich um die nationalliberalen Unstimmigkeiten.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Auf Samoa handelte es sich nicht um eine Simultanschule, sondern um eine religionslose Schule. (Hört, hört! im Zentr.) Jedenfalls muß jede Bewußtseinsförderung und jeder Kulturkampf in den Kolonien vermieden werden. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär Dernburg betont, daß er unter keinen Umständen zugeben wird, daß staatliche Autoritäten vor einem Bischof zurückweichen. (Lebh. Beifall links; Murren im Zentr.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Bp.): Es ist unerhörte, daß in Samoa ein französischer Bischof deutschen Reichsangehörigen verbietet, ihre Kinder in eine Regierungsschule zu schicken. Dem Staatssekretär sind wir dankbar, daß er das deutsche Interesse diesem Bischof gegenüber wahr. (Stürmischer Beifall bei den Liberalen; Unruhe im Zentr.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Bischof hat nicht als Franzose, sondern als Katholik gehandelt, außerdem hat er, wie mir gesagt wird, die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dove (freis. Bp.) stellt fest, daß die ganze freilinnige Reaktionsgemeinschaft sich mit den Worten des Abg. Dr. Müller identifiziert. (Na natürlich im Zentr.) Die Oberhoheit des Staats über die Schule muß in allen Breitengraden der Kirche gegenüber zur Geltung gebracht werden. (Lebh. Beif. b. l. lib.)

Damit schließt die koloniale Generaldebatte. Der südafrikanische Etat wird ohne Spezialdebatte genehmigt. Zum Etat für Ostafrika bemerkt

Abg. Dr. Krenndt (Reichsp.), der Gouverneur zeige zu viel Nachgiebigkeit gegen die Regier, zu wenig Entgegenkommen gegen die Weissen.

Abg. Werner (Antik.) schließt sich dieser Klage an und wünscht Einführung der deutschen Reichswährung in Ostafrika. Staatssekretär Dernburg weist die Angriffe gegen den Gouverneur v. Meisinger zurück. Eine Herabsetzung der Währung würde die sehr mißtrauischen Eingeborenen beunruhigen.

Der Etat für Ostafrika wird genehmigt. Desgleichen beibehalten die Etats für Kamerun, Togo und Neu-Guinea. Beim Etat für Samoa bemerkt

Abg. Dr. Arning (nat.-lib.): Ein deutscher Bischof wäre erwünschter, aber gegen jeden Bischof müsse die Staatsautorität aufrechterhalten werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kopsch (freis. Bp.): In solchen Konflikten stehen auch wir immer auf Seiten der Regierung.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Kulturkampf war schuld daran, daß wir nicht genügend deutschsprachige Missionare haben. Der französischsprachige Bischof auf Samoa geführt zu den Nachwehen des Kulturkampfes. Daß er sich gegen die Gründung einer religionslosen Schule wehrte, ist selbstverständlich. Die katholischen Eltern haben sich dadurch beschwert gefühlt, weil ihre Kinder eine konfessionslose Schule besuchen mußten, obwohl katholische Schulen vorhanden sind. Von einem Kampf des Bischofs gegen das Gouvernement kann nicht die Rede sein. (Lebhafte Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Bp.): Die Uebertragung dieser Grundfläche auf Deutschland bedeutet die Auslieferung der Schule an die Kirche. Der Bischof sagt: Die Schule ist eine religionslose Sache. (Sehr richtig im Zentr.) Das ist die Freiheit, die Sie meinen. (Große Heiterkeit links.)

Staatssekretär Dernburg stellt fest, daß die Regierungsschule eine katholische und eine evangelische Abteilung hat. (Hört, hört! links.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Wir haben nie behauptet, daß die Schule eine religiöse Angelegenheit sei. Wohl aber die Erziehung. (Lachen links.)

Der Etat wird bewilligt. Eine Resolution, betreffend Errichtung eines Denkmals in Berlin für die auf auferen europäischen Boden gefallenen Deutschen wird einstimmig angenommen.

Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird beibehalten erledigt. Das Haus vertagt sich auf Freitag, 1 Uhr. (Etat des Reichstags, Vertrag mit Portugal.)

Soziale Rundschau.

Ämliche Erhebungen über die Lage der Anwaltsangeestellten.

Das Reichsjustizamt, das vom Reichsanwalt mit diesen Erhebungen beauftragt worden ist, hatte zum 29. Januar eine Konferenz von Vertretern der Organisations- und Anwaltsangeestellten einberufen, um diese über Art und Umfang der Erhebungen zu hören. Die Regierung beabsichtigt, von vornherein, die Erhebungen nur über die Materien zu erstrecken, die bei einer gesetzlichen Regelung eine rechtliche Gleichstellung der Bureauangestellten mit den Pandanangestellten bringen würden. Es gelang in der Konferenz nicht, die Regierung zu einer Erweiterung der Erhebungen zu bewegen, dagegen wurde noch eine ganze Anzahl Ergänzungen zu dem zur Beratung stehenden Fragebogen, die der Vorsitzende der Organisationsvertreter, der Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten (Freie Gewerkschaft, Berlin), anregte, von der Regierung akzeptiert. Trotz des Widerspruches der Angestellten blieb die Regierung dabei, daß die Erhebungen in Stichproben bestehen sollen, hergestellt, daß etwa 20 Prozent der sämtlichen Bureau davon erfasst werden. Die Regierung erklärte die dadurch zu gewinnenden Unterlagen als ausreichend für Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs. Eine allgemeine Erhebung würde ja zu viel des Geldes aufwenden. Die Erhebungen sollen durch Befragung der Angestellten und der Anwälte durch die Justizbehörden aufgenommen werden.

Küchenzettel der städtischen Spelseanstalten.

Sonnabend: Speisensatz I (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Reibmaas, Speisensatz II (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Schwefelsuppe, Speisensatz III (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Schwarzwedel, Speisensatz IV (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Schwarzwedel, Speisensatz V (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Schwarzwedel, Speisensatz VI (Vollkornbrot) Saure Kartoffelsuppe mit Schwarzwedel.

Heute Freitag und morgen Sonnabend Letzte Inventur-Räumungs-Tage Leipzig-Neustadt Eisenbahnstr. 39-43. Schusters Warenhaus. Trotz der bekannt grossen Vorteile an diesen beiden Schlusstagen Rabatt-Marken auf sämtliche Waren!